

Wahlprüfsteine 2013

Was tun für die Alphabetisierung?

Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung bringt sich auch im Wahljahr 2013 ein und fragte bei den Parteien ihre politische Positionen ab. Die Mitarbeiter des [RAUS-Projektes](#) haben den Bundestags-Parteien Fragen zur Bundestagswahl übermittelt und gebeten, ihre Positionen und Konzepte einzubringen.

Wie bereits bei den Wahlprüfsteinen 2009 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien auf die Prüfsteine geantwortet. Weiterhin veröffentlichen wir auf Wunsch der Piratenpartei auch ihre Positionen.

Die Parteien äußerten sich zu wahlentscheidenden Themen - in kurzen, einfachen und leicht verständlichen Sätzen.



Hier die Antworten von
der PIRATEN PARTEI

1.) Am 28.02.2011 wurde die LevelOne Studie veröffentlicht: 7,5 Millionen Erwachsene in Deutschland können nicht richtig lesen und schreiben. Sie verfügen über so geringe Lese und Schreibkenntnisse, dass sie als funktionale Analphabeten gelten. Weitere 13,3 Millionen Erwachsene zeigen eine geringe schriftsprachliche Kompetenz, die nur knapp über dem Niveau des funktionalen Analphabetismus liegt, sodass sie nur langsam mit vielen Fehlern lesen und schreiben können. Welche Schlussfolgerungen zieht Ihre Partei aus der Studie? Die klassische Bildungspolitik ist gescheitert und muss dringend reformiert werden. Bildung beginnt mit der Geburt; frühkindliche Bildung ist von zentraler Bedeutung. Aktionen, die eine frühe Förderung verhindern, lehnen wir ab. Damit ist explizit das Betreuungsgeld genannt, das verhindert, dass besonders Kinder aus bildungsfernen Schichten frühzeitig mit Bildung in Kontakt kommen.

Kontakt

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. Berliner Platz 8-10 48143 Münster
Andreas Brinkmann Tim Tjettmers
0251-49099641 0251-49099642
a.brinkmann@alphabetisierung.de t.tjettmers@alphabetisierung.de

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder ungeachtet bestehender Unterschiede so gefördert werden, dass sie mit möglichst guten Voraussetzungen ihre Schullaufbahn beginnen können. Dazu braucht es gebührenfreie, flexible, bei Bedarf ganztägig und gut erreichbare Angebote in Krippen, Kindergärten und bei Tageseltern.

Wir fordern für jeden Schüler das Recht auf Unterstützung und Begleitung durch Mentoren. Die aktuelle schulische Inklusionsdebatte muss das Problem des funktionalen Analphabetismus umfassen. Individuelle Lernformen und Binnendifferenzierung sind der Schlüssel für erfolgreiches Lernen aller Schüler unabhängig von ihren Begabungen und für weniger Selektion.

2.) Derzeit lernen lediglich 20.000 Betroffene (weniger als 0,3% der Betroffenen) in Alphabetisierungskursen. Was werden Sie tun, um mehr Betroffene durch nachschulische Grundbildung zu fördern?

Wir stehen für lebenslanges Lernen und ein Bildungssystem, das offen ist für den Erwerb neuer Kompetenzen und Fähigkeiten - für alle Altersgruppen. Das Weiterbildungsangebot muss sich an den individuellen Bedürfnissen orientieren und darf nicht nur der wirtschaftlichen Verwertbarkeit untergeordnet werden. Wir sehen daher die Pflicht, lebenslanges Lernen zu fördern: durch die Bereitstellung kostenfrei zugänglicher Lehrangebote, Lehrmaterialien und der Möglichkeit, individuelles Coaching in Anspruch zu nehmen. Prüfungen und Kurse müssen sich flexibel an individuelle Lebensumstände anpassen, um mehr Menschen die Nutzung von Weiterbildungsangeboten zu ermöglichen.

3.) Personen mit Deutsch als Zweitsprache haben die Möglichkeit, in Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Lesen und Schreiben kostenlos zu erlernen. Ausländische Mitbürger, Zuwanderer und Spät-Aussiedler erhalten eine Förderung von bis zu 1260 Unterrichtsstunden. Funktionalen Analphabeten mit Deutsch als Erstsprache (4,4 Millionen Erwachsene) steht ein vergleichbares Angebot nicht zur Verfügung. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, um das Kursangebot für muttersprachliche funktionale Analphabeten auszubauen? Halten Sie ein

äquivalentes Programm zu den BAMF-Integrationskursen für Betroffene mit deutscher Muttersprache für erforderlich?

Ja, denn Bildung darf keine Frage von Herkunft oder finanzieller Leistungsfähigkeit sein. Hier wäre auf kommunaler Ebene in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen ein Angebot zu schaffen, das dann gleichwertig zu anderen Qualifizierungsmaßnahmen durch die ARGE'n zu tragen ist.

4.) Die LevelOne Studie zeigt, dass die Gefahr der Arbeitslosigkeit unter funktionalen Analphabeten signifikant höher ist. Rund 32 Prozent der arbeitsuchenden Bevölkerung haben Probleme mit dem Lesen und Schreiben. Die Mehrheit der erwerbstätigen Betroffenen (57% der befragten funktionalen Analphabeten) ist überwiegend im Niedriglohnsektor beschäftigt. Aufgrund der wachsenden Arbeitsmarktanforderungen laufen jedoch auch sie Gefahr, ihre Beschäftigung zu verlieren. Welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um geringqualifizierte Beschäftigte, Erwerbslose und Arbeitssuchende mit schriftsprachlichen Defiziten stärker zu fördern?

Die aktuelle Sozial- und Wirtschaftspolitik fördert unter dem Strich nur den Niedriglohn- und Leiharbeitssektor. Daher sind wir für das Bedingungslose Grundeinkommen, welches eine neue Sozialpolitik ermöglicht. Es sichert nicht nur die Existenz und Teilhabe an der Gesellschaft ab, sondern ermöglicht auch die Entwicklung und Einsatz neuer, hochwertiger Beschäftigungsverhältnisse. Diese könnten z.B. auf der Allmende / Commons-Idee basieren.

Des Weiteren wollen wir lebenslanges Lernen. Dies soll auf die Bedürfnisse des Einzelnen ausgerichtet sein und sich nicht an der besseren Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt orientieren, wie es heute ist. Im Zuge des lebenslangen Lernens muss das Bildungssystem offen sein für den Erwerb neuer Kompetenzen und Fähigkeiten.

Wir wollen das lebenslange Lernen wie folgt fördern: durch die Bereitstellung kostenfrei zugänglicher Lehrangebote, Lehrmaterialien und der Möglichkeit, individuelles Coaching in Anspruch zu nehmen. Prüfungen und Kurse müssen sich flexibel an individuelle Lebensumstände anpassen, um mehr Menschen die

Nutzung von Weiterbildungsangeboten zu ermöglichen. Dies schließt Maßnahmen zur Verbesserung der Schreib- und Lesekompetenz mit ein.

Zusätzlich soll Leiharbeit - wie dies in der Vergangenheit auch der Fall war - begrenzt werden. Wir werden dazu eine maximal erlaubte Überlassungsdauer von sechs Monaten für Leiharbeitnehmer festlegen. Die Piratenpartei wird das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) entsprechend anpassen.

Nach französischem Vorbild sollen Leiharbeiter nicht eine billige Verfügungsmasse sein, mit der reguläre Beschäftigte unter Druck gesetzt werden können, sondern für die ihnen abverlangte Flexibilität mit einem Lohnzuschlag entschädigt werden.

Zusätzlich werden wir eine Höchstquote von Leiharbeitern je Unternehmen bezogen auf die jeweilige Stammebelegschaft in Höhe von zehn Prozent einführen. Die Folge werden Anstrengungen der Unternehmen zur Qualifizierung insbesondere der jetzt fest anzustellenden Mitarbeiter sein.

Das gleiche Ziel wird durch die Einführung eines allgemeingültigen branchenunabhängigen Mindestlohns erreicht, der auch bei der Bezahlung der Mini-Jober zugrunde gelegt werden soll.

5.) Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung hat ein bundesweites Netzwerk von Selbsthilfegruppen und Lernern aufgebaut, die das Thema Alphabetisierung in die Öffentlichkeit tragen. Welche Rolle können Ihrer Ansicht nach „Lerner-Experten“ übernehmen, um das Ziel zu erreichen, die Zahl funktionaler Analphabeten in Deutschland zu verringern? An welchen Stellen ist ihre Beteiligung besonders sinnvoll?

Lerner-Experten können ihre Erfahrungen glaubwürdig einbringen und Modelle, wie funktionale Analphabeten erreicht werden können, deutlich verbessern. Sie können Motivations-Multiplikatoren sein und Hemmschwellen abbauen helfen. Bei sollten zu Didaktik und Methodik gehört werden und die Evaluation von Kursen begleiten.

6.) Nach der Föderalismusreform 2006 liegt die Kompetenz für allgemeine Bildung und damit in großen Teilen für Alphabetisierung/Grundbildung bei den Bundesländern. Wie können Ihrer Ansicht nach bundesweite Beratungs- und Unterstützungsangebote wie bspw. der Beratungsservice ALFATELEFON oder die Lernplattform ichwilllernen.de sowie zahlreiche Forschungs- und Entwicklungsprojekte langfristig gefördert und nachhaltig gesichert werden?
Wir setzen uns - als erster Schritt - für die Aufhebung des Kooperationsverbots ein. Bildungsprojekte und -aufgaben, die dem Länderrecht unterliegen, müssen durch den Bund gefördert können. Langfristig streben wir die Leitlinienkompetenz des Bundes an.

7.) Das BMBF-geförderte Projekt RAUS handelt im Themengebiet Alphabetisierung im Strafvollzug, welcher seit 2006 ebenfalls der Zuständigkeit der Bundesländer unterliegt. Obwohl von einem besonders hohen Anteil funktionaler Analphabeten unter Strafgefangenen auszugehen ist, werden Alphabetisierungs-/Grundbildungsangebote derzeit in vielen Strafanstalten nicht angeboten. Was wird Ihre Partei unternehmen, um Alphabetisierung/Grundbildung im Strafvollzug zu fördern? Welche Maßnahmen halten Sie auf Bundesebene für erforderlich?

Der Bund kann sich dafür einsetzen, dass Alphabetisierungs-/Grundbildungsangebote im Rahmen der Resozialisierungsanstrengungen verstärkt angeboten werden. Das 'Recht auf Bildung' muss auch in Justizvollzugsanstalten gelten. Der Bund kann und muss die Länder zur Einhaltung und Aufgaben auffordern und verpflichten können. Langfristig sehen wir den Abbau des Föderalismus im Bildungssystem als notwendig an.

8.) Was wird Ihre Partei unternehmen, um Menschen mit geringen Lese und Schreibfähigkeiten besser am politischen Leben teilhaben zu lassen? Gibt es Ihr Wahlprogramm auch in leicht lesbarer Form?

Ja, ein Programm in ganz leichter Sprache wird es geben. Zur Zeit existiert es leider erst in digitaler Form:

<https://www.dropbox.com/s/k3kp2qanev32155/Wahlprogramm%20der%20Piratenpartei%20in%20Leichter%20Sprache%20Barrierefrei.pdf>

Für uns ist die politische Teilhabe für alle Menschen unser Ziel. In Arbeit sind ebenfalls das Wahlprogramm als Hörbuch und ein Flyer mit Braille-Schrift. Bundestagskandidat Stephan Schurig ergänzt: "Natürlich müssen wir noch viel machen im Bereich Barrierefreiheit. So sind unsere Webseiten häufig noch nicht barrierefrei nach BITV (Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung). Auch für Menschen mit Leseschwächen gibt es bereits Lösungen, die aber auch innerhalb unserer Partei noch relativ unbekannt sind. Es gibt z.B. die freie Schriftart 'OpenDyslexic', die meiner Erfahrung nach für viele Betroffene sehr hilfreich beim Lesen und Schreiben ist. Ich werde mich persönlich dafür einsetzen, dass Webseiten innerhalb unserer zukünftigen Fraktion im Bundestag diese Schriftart unterstützt." Die Schriftart finden Sie unter <http://opendyslexic.org/>